

Roy Reeve

Seit zwei Jahren im Einsatz: Das OSZE-Büro in Eriwan¹

Hintergrund

Am 15. September 1999 unterzeichneten die Regierung der Republik Armenien und die OSZE in Eriwan ein *Memorandum of Understanding*, das die Einrichtung des OSZE-Büros regelte. Das Mandat, mit dem das Büro vom Ständigen Rat der OSZE ausgestattet wurde, lautet wie folgt:

- Förderung der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie der Zusammenarbeit mit der Republik Armenien im Rahmen der OSZE in allen OSZE-Dimensionen, einschließlich der menschlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Aspekte der Sicherheit und Stabilität;
- Erleichterung von Kontakten, Koordinierung von Aktivitäten und Förderung des Informationsaustauschs mit dem Amtierenden Vorsitzenden und anderen OSZE-Institutionen sowie Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen;
- Aufnahme und Pflege von Kontakten zu lokalen Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen und NGOs und Hilfe bei der Durchführung von Veranstaltungen mit OSZE-Beteiligung;
- Wahrnehmung anderer Aufgaben, die dem Amtierenden Vorsitzenden oder anderen OSZE-Institutionen geeignet erscheinen und zwischen der Republik Armenien und der OSZE vereinbart werden.

Es wurde vereinbart, dass das Büro zunächst mit sechs internationalen, von ihren jeweiligen Regierungen sekundierten Mitarbeitern besetzt werden und über so viel armenisches Personal wie nötig verfügen sollte. Zurzeit arbeiten sieben Armenier in dem Büro.

Das Büro sollte seine Tätigkeit ursprünglich in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 aufnehmen. Die offizielle Eröffnung wurde dann allerdings wegen der tragischen Vorfälle in der armenischen Nationalversammlung, der Ermordung mehrerer Regierungsmitglieder und Abgeordneter im Oktober 1999, verschoben. Mit Einverständnis der armenischen Regierung wurden die internationalen Mitarbeiter des Büros jedoch schließlich im Januar 2000 nach Eriwan entsandt, wo sie noch vor der formellen Ratifizierung des *Memorandum of Understanding* durch die Nationalversammlung und das Verfassungs-

¹ Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder. Er behandelt den Zeitraum bis August 2002.

gericht ihre Arbeit aufnehmen. Die Ratifizierung erfolgte dann im Februar 2000.

Aktivitäten im Jahre 2000

Zunächst war es Aufgabe des Büros, ein dichtes Netz von Kontakten bzw. Ansprechpartnern auf allen Ebenen der armenischen Gesellschaft - in der Regierung, im Parlament, in nichtstaatlichen Organisationen und in den Medien - zu knüpfen und zu unterhalten. Darüber hinaus musste das Büro enge Arbeitsbeziehungen mit internationalen Organisationen, Botschaften und internationalen nichtstaatlichen Organisationen inner- und außerhalb des Landes herstellen. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass uns die offene und kooperative Art, mit der das Büro empfangen und aufgenommen wurde, die Arbeit erheblich erleichtert hat.

In den ersten etwa sechs Monaten seiner Tätigkeit versuchte das Büro ganz bewusst, mit so vielen lokalen Akteuren wie möglich ins Gespräch zu kommen. Es ging uns dabei nicht nur darum, auf die Präsenz der OSZE in Armenien aufmerksam zu machen, sondern es galt vor allem herauszufinden, in welchen Bereichen der Bedarf am größten war und wo wir den größtmöglichen Beitrag im Sinne unseres Mandats und im Rahmen unserer Möglichkeiten würden leisten können. Im Laufe des ersten Jahres ergaben sich folgende Arbeitsschwerpunkte:

1. *Auf politischer Ebene:* Schon kurz nach unserer Ankunft wurden wir auf das Problem der Korruptionsbekämpfung aufmerksam gemacht. Alle in Armenien tätigen internationalen Organisationen und viele der bilateralen diplomatischen Vertretungen hatten sich bereits mit diesem Thema befasst, allerdings eher unsystematisch. Korruption war als eines der größten Hindernisse für wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen erkannt worden. Sie behinderte auch die Entwicklung transparenter Strukturen, wie sie eine verantwortungsbewusste Staatsführung erfordert. Das OSZE-Büro schlug dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten der Republik Armenien die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vor, die eine nationale Strategie und ein Programm zu deren Umsetzung erarbeiten sollte. Die internationale Gemeinschaft (darunter auch der Europarat) sagte ihre Mitarbeit im Rahmen eines koordinierten Vorgehens zu. Trotz einiger bürokratischer Verzögerungen kam die Arbeitsgruppe schließlich zustande, und sowohl der Präsident als auch die Regierung bekräftigten ihren Willen zur weiteren Zusammenarbeit. Das Büro übernahm die Verantwortung für die Fortsetzung eines Projekts des BDIMR zur Novellierung der Wahlgesetzgebung. Während des ganzen Jahres fand eine enge Zusammenarbeit mit dem BDIMR, dem Europarat sowie einheimischen und internationalen Fachleuten

statt, darunter auch Experten der IFES und des UNDP. Den parlamentarischen Ausschuss und die zentrale Wahlkommission bezogen wir ebenfalls in die Arbeit ein.

2. *Im wirtschaftlichen Bereich:* Ein großer Teil der Arbeit, die das Büro im Rahmen der wirtschaftlichen Aspekte seines Mandats leistete, diente zunächst einmal dazu, die Funktion der OSZE in diesem Bereich unserer Arbeit zu definieren. Die schwierige wirtschaftliche Lage, in der Armenien sich befindet - Arbeitslosigkeit, geringe Wirtschaftstätigkeit, verspätete Lohnauszahlungen usw. -, ist Ursache vieler Probleme, auf die wir bei unserer Arbeit in den Bereichen Menschenrechte und Demokratisierung stießen. Die Situation in Armenien ist allerdings kein Einzelfall. Viele Länder leiden unter ähnlichen Transformationsproblemen.

Das Büro initiierte eine Serie von „Dialogen“, in denen alle relevanten nationalen und internationalen Akteure spezifische Fragestellungen im Zusammenhang mit Investitionen, Wirtschaftswachstum und deren sozialen Auswirkungen erörterten. Die Ergebnisse dieser Treffen wurden sowohl innerhalb der OSZE als auch in Armenien selbst in Umlauf gebracht und sind Grundlage künftiger Untersuchungen. Das Büro wirkte beim Prager Wirtschaftsforum des Jahres 2000 und bei einem Vorbereitungstreffen in Tiflis mit und unterstützte die armenische Delegation in beiden Fällen. Wir versuchten insbesondere dadurch einen „Mehrwert“ zu erbringen, dass wir als Koordinator oder Gastgeber für Gespräche zwischen Gruppen und Organisationen auftraten, die bis dahin noch nie gemeinsam an einem Tisch gesessen hatten.

Das Büro befasste sich ebenfalls mit dem Thema regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir stießen zwar auf eine Reihe möglicher Basisprojekte; es gibt aber keinerlei politische Zusagen von außerhalb Armeniens, diese auch durchzuführen.

3. *Umwelt:* Gleich im ersten Jahr seiner Tätigkeit setzte sich das Büro erfolgreich für die Ratifizierung der Århus-Konvention (UNECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) durch Armenien ein. Ebenso unterstützen wir die Arbeit des regionalen Umweltzentrums in Tiflis, das derzeit das einzige Beispiel einer fruchtbaren Zusammenarbeit auf Regierungsebene im Südkaukasus darstellt.
4. *Menschenrechte:* Ganz oben auf unserer Liste stand im Jahr 2000 die Gesetzgebung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Art Ombudsmanninstitution. Wie auch auf anderen Gebieten übernahm das Büro die Koordinierung der Arbeit einheimischer und internationaler Akteure in diesem Bereich.

Besonderen Einsatz zeigte das Büro darüber hinaus bei der Betreuung und Leitung mehrerer Projekte zur Überwachung der Menschenrechte

sowie zur Bildungs- und Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiet, von denen einige bereits vor der Einrichtung unseres Büros vom BDIMR begonnen worden waren. Dabei wurde auch intensiv mit nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen gearbeitet, mit dem Ziel, deren Fähigkeiten und Kapazitäten zu erweitern.

5. *Demokratisierung*: Viel Zeit nahm ein bereits laufendes BDIMR-Projekt zur Entwicklung eines neuen Einwohnermeldewesens für Bürger mit ständigem Wohnsitz in Armenien in Anspruch. Das Projekt erforderte eine radikale Umorientierung der Arbeit und klarere Schwerpunkte in seinen Zielsetzungen. Die Arbeit wurde auch im Jahr 2002 fortgesetzt.

Das Büro fuhr ebenso mit der Entwicklung einer Reihe neuer Projekte bzw. Konzepte in den Bereichen Gleichberechtigung von Mann und Frau, Bekämpfung des Menschenhandels, Polizei/Streitkräfte, Jugend und Kommunalverwaltung fort. Es hat ebenfalls damit begonnen „Dachorganisationen“ für NGOs zu gründen, um deren Handlungsfähigkeit bei der Durchsetzung der von ihnen vertretenen Interessen zu erhöhen.

6. *Medien*: Gegen Ende des Jahres 2000 begann das Büro sich intensiv mit dem neuen Rundfunkgesetz zu befassen. Gemeinsam mit dem Europarat und einheimischen Presseverbänden organisierten wir einen Workshop zu dem Gesetz, an dem Parlamentsabgeordnete und Vertreter der Ministerien sowie des Verfassungsgerichts teilnahmen.

Das Büro unterstützte ebenso aktiv den Regionalen Journalistenverband, der im Jahr 2000 auf Anregung der OSZE-Mission in Georgien gegründet worden war.

Aktivitäten im Jahr 2001

Für das zweite Jahr ergab sich ein großer Teil der Arbeit, die nun auf der Tagesordnung des Büros stand, naturgemäß aus den Tätigkeiten, die wir im Jahr 2000 begonnen hatten.

Vorrang hatte dabei vor allem die Fortsetzung bzw. Intensivierung der Arbeiten an einer Strategie für Armenien zur *Bekämpfung der Korruption*. Die armenische Regierung setzte einen Kabinettsausschuss unter Vorsitz des Ministerpräsidenten ein, der die Arbeit von Mitarbeitern einer Reihe von Ministerien überprüfen und überwachen sollte, die den Auftrag hatten, eine detaillierte Strategie zu entwickeln. Die Experten arbeiteten eng mit der internationalen Gemeinschaft zusammen, deren Mitwirkung vom OSZE-Büro koordiniert wurde. Der endgültige Entwurf der Strategie, zu dem auch eine

Liste mit konkreten Empfehlungen gehört, wurde dem Ministerpräsidenten am 1. August 2002 vorgelegt. Er wird derzeit vom Kabinett erörtert.²

Die Gruppe internationaler Unterstützer besteht derzeit aus Weltbank, IWF, der Europäischen Kommission, UNDP, Europarat, OECD und USAID, den Botschaften Großbritanniens, Frankreichs, Russlands, Deutschlands und Italiens sowie der Schweizer Direktion für Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit.

Die Weltbank vergab erstmals Fördermittel (in Höhe von 300.000 US-Dollar) an eine nationale Regierung, um die Entwicklung der Strategie zu unterstützen.

Das OSZE-Büro arbeitete ebenfalls mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen, deren Beteiligung an den diesbezüglichen Arbeiten für den Erfolg von entscheidender Bedeutung ist. Inzwischen haben sich 20 einschlägige NGOs und Medienvertreter zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die von *Transparency International* koordiniert wird. Diese Vereinigung wird sich künftig neben der aus Regierungsvertretern und internationalen Fachleuten zusammengesetzten Arbeitsgruppe an den Arbeiten beteiligen. Den Behörden gebührt Anerkennung dafür, dass auch sie erkannt haben, wie wichtig die Einbeziehung öffentlicher Organisationen in diese Arbeit ist.

Das OSZE-Büro sieht seine Arbeit realistisch. Ist die Strategie erst einmal verabschiedet, werden die Implementierung der erforderlichen Gesetze und institutionelle Veränderungen noch Jahre in Anspruch nehmen. Dennoch haben wir aus unserer Sicht einen Präzedenzfall für die Tätigkeit der OSZE im Bereich der „good governance“ geschaffen. Als eine Art „Katalysator“ ist es uns gelungen, alle internen und externen Partner auf strukturierte und konzentrierte Art und Weise zusammenzuführen. Darin liegt der Wert unserer Arbeit. Aufgrund unseres partnerschaftlichen Verhältnisses zu allen Regierungsebenen konnte das Büro den Prozess schneller vorantreiben, als dies ohne unsere Anwesenheit möglich gewesen wäre. Darüber hinaus trägt die Gründung einer zivilgesellschaftlichen Dachorganisation, die sowohl an der politischen Entwicklung mitwirkt als auch die Durchführung konkreter Programme beobachtet, zur Entstehung von Transparenz und Verantwortlichkeit in Armenien bei.

Ein zweiter Faktor, der unsere Tätigkeit im Jahr 2001 beeinflusst hat, war die Zunahme des Arbeitspensums infolge der Aufnahme Armeniens in den Europarat. Da der Europarat keine eigene Vertretung in Eriwan unterhielt, lief die Kommunikation zwischen Straßburg, der Nationalversammlung und der Regierung über unser Büro. Da viele der Verpflichtungen, die Armenien in

2 Das OSZE-Büro erhielt inzwischen die Information, dass das Kabinett Ende Oktober einer gekürzten Liste als vorrangig eingestufte Sofortmaßnahmen zustimmen wird. Die internationale Gemeinschaft wird im Anschluss daran Gespräche mit dem Ministerpräsidenten aufnehmen, um sich erstens über die Veröffentlichung der Strategie zu verständigen, damit diese öffentlich diskutiert werden kann, und um zweitens festzulegen, welche internationalen Partner mit welchen armenischen Partnern jeweils in spezifischen Projekten, bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen oder in konkreten Arbeitsfeldern zusammenarbeiten werden.

diesem Zusammenhang eingegangen ist, gleichzeitig die wichtigsten Bereiche unseres OSZE-Mandats berühren, müssen wir auch das BDIMR über Fortschritte auf dem Laufenden halten und sicherstellen, dass es in die Entwicklungen einbezogen bleibt. Gesetzestexte müssen übersetzt und auch Fachgutachten auf Armenisch abgegeben werden. Verfassungsrechtlich relevante Änderungen am Wahlgesetz, die Gesetzgebung zur Einrichtung der Ombudsmanninstitution, zu Polizeiangelegenheiten, Medien, politischen Parteien, einer Reform des Strafrechtssystems sowie über Alternativen zum Militärdienst fordern unseren besonderen Einsatz.

Die größten Erfolge des Büros in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt waren:

- *Århus-Konvention*: Mit intensiver Lobby-Arbeit durch das Büro konnte Armenien zur Ratifizierung der Århus-Konvention bewegt werden. Danach galt es, Hilfe bei der praktischen Umsetzung der Konvention zu leisten. Mit finanzieller Unterstützung der britischen und der amerikanischen Regierung wird in Kürze ein öffentliches Umweltinformationszentrum im Naturschutzministerium eröffnet - das erste seiner Art in der gesamten GUS.
- *Koordination*: Das Büro hat seine Funktion im Bereich Wirtschaft und Umwelt von Anfang an darin gesehen, internationalen und nationalen Akteuren eine Plattform zur Erörterung von Fragen und Problemen zur Verfügung zu stellen. Es hat insbesondere dadurch einen „Mehrwert“ erbracht, dass es staatlichen und privaten Organisationen sowie externen Akteuren Möglichkeiten zur Vernetzung bietet. Das Büro hat eine Serie von „Dialogen“ zu spezifischen Themen durchgeführt und Hintergrundberichte erstellt. Diese Aktivitäten führten zu neuen Partnerschaften und zogen wiederum Seminare und Workshops nach sich.
- *Reisen in die Regionen*: Das Wirtschafts- und Umwelt-Team unternahm mehrere Erkundungsreisen in die einzelnen Regionen Armeniens, um dort Kontakte herzustellen und die Kooperationsmöglichkeiten im Südkaukasus auszuloten.

Aufgrund seines weit gefassten Mandats war das Büro auch intensiv mit einer Reihe von Projekten und Problemen auf dem weiten Feld von Menschenrechten und Demokratisierung befasst. Nachfolgend seien nur einige der wichtigsten Themen aufgeführt:

- *Projekte des BDIMR*: Das Büro war für die Durchführung von fünf größeren Projekten des BDIMR verantwortlich. Im Rahmen eines Projekts zur Einführung eines neuen Einwohnermeldewesens erarbeitete es drei neue Gesetzentwürfe und leitete diese zur Beratung an die Nationalversammlung weiter. Es wurden 22 Fernsehdokumentationen und fünf Talk-Shows zu Menschenrechtsthemen produziert und gesendet. Das

Ergebnis eines NGO-Schulungsprojekts waren vier Beobachtungsberichte, in denen die Arbeit der Gerichtshöfe, der Armee, höherer Bildungseinrichtungen und des Strafvollzugs untersucht wurden. Im Rahmen der Strafvollzugsreform ist das Büro nach wie vor mit der Umschulung von Gefängnispersonal beschäftigt, seitdem das Strafvollzugswesen vom Innenministerium auf das Justizministerium übertragen wurde.

- *Weitere Projekte:* Das Büro arbeitete mit einer Reihe weiterer internationaler Partner und lokaler Organisationen in zahlreichen Projekten auf verschiedenen Gebieten zusammen. In die Lehrpläne höherer Bildungseinrichtungen wird derzeit Unterricht über Fragen der Gleichberechtigung eingeführt, ebenfalls zum Thema Gleichberechtigung werden landesweite und regionale Workshops organisiert. In Zusammenarbeit mit der IOM und UNICEF wurde eine Untersuchung zum Thema Menschenhandel durchgeführt; die Arbeit in diesem Bereich wird fortgesetzt. Mit finanzieller Unterstützung der britischen Regierung wurde - erstmals überhaupt in Armenien - ein Workshop zu nationalen Minderheiten veranstaltet, der wiederum zahlreiche Vorschläge für die zukünftige Arbeit auf diesem Gebiet hervorgebracht hat. Mit dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung als Partner haben wir die Reform des Frauen- und Jugendstrafvollzugs in Angriff genommen. Ein Projekt zur Demokratisierung von Strafverfolgungsorganen wurde in Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Helsinki-Komitee erfolgreich auf den Weg gebracht. Der UNHCR ist direkt am Meldewesenprojekt des BDIMR beteiligt, und unser Büro unterstützt sowohl den UNHCR und das BDIMR als auch den norwegischen Flüchtlingsrat bei der Arbeit im Bereich Flüchtlinge und Binnenvertriebene.
- *Koordination:* Auf Initiative des OSZE-Büros finden regelmäßig Koordinierungstreffen zu Menschenrechts- und Demokratisierungsfragen mit allen einschlägigen internationalen Organisationen und Geldgebern sowohl des staatlichen als auch des privaten Sektors statt, aus denen mehrere Arbeitsgruppen zu Einzelthemen wie z.B. Wahlrecht, Ombudsmanninstitution, Gleichstellungsfragen und Menschenhandel hervorgegangen sind.
- *Beobachtungs- und Überwachungsaufgaben:* Wie im Mandat vorgesehen, überwacht das Büro kontinuierlich die Umsetzung der Menschen-, Religions- und Bürgerrechte in Armenien. Gerichtsverfahren werden beobachtet, ein Hintergrundbericht über religiöse Vereinigungen in Armenien wurde angefertigt. Das Fehlen eines Zivildienstgesetzes und die dadurch entstehende Situation von Wehrdienstverweigerern geben Anlass zur Sorge. Darüber hinaus gehören die Entgegennahme und Bearbeitung einer großen Zahl individueller Beschwerden zur täglichen Arbeit des Büros.

- *Weitere Aktivitäten:* Das Büro ist eng in die Arbeiten zur Unterstützung der Ombudsmanninstitution in Armenien eingebunden und koordiniert gemeinsam mit dem Europarat die gesamte internationale Hilfe. Mit Unterstützung des BDIMR veranstaltete das Büro einen Runden Tisch zu Folter und Misshandlung, der zur Annahme einer Serie von Empfehlungen für laufende Aktivitäten geführt hat.

Ganz allgemein hat sich das OSZE-Büro nach wie vor der Unterstützung jeglicher Initiativen zur verstärkten regionalen Zusammenarbeit verschrieben. In der Praxis bedeutet dies die Unterstützung der Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Berufsverbänden bei Treffen, Workshops und Seminaren sowie beim Aufbau regionaler Netzwerke. Mit Unterstützung der OSZE-Mission in Tiflis und des OSZE-Büros in Baku war das Büro *Transparency International* bei der Durchführung der ersten regionalen Konferenz zur Bekämpfung der Korruption in Eriwan behilflich. Auf Bitten von UNEP und UNECE veranstalteten wir einen Workshop zur Århus-Konvention. Zusammen mit *Internews* produzierte das Büro außerdem drei Fernsehdokumentationen über Leben und Einstellungen in den drei Grenzgebieten von Armenien, Aserbaidschan und Georgien, die im Januar 2002 in allen drei Ländern ausgestrahlt wurden.

Darüber hinaus führt das Büro intensive Gespräche sowohl mit staatlichen und privaten Organisationen in Armenien als auch mit internationalen Geberorganisationen (u.a. mit der Europäischen Kommission, der Eurasia-Stiftung, UNECE, USAID und der GTZ), um konkrete Vorschläge für Projekte auf kommunaler Ebene, an denen sich alle drei Länder der Region beteiligen sollen, zu eruiieren.

Unsere Aufgaben im Jahre 2002

Das politische Umfeld wurde im Verlaufe des Jahres 2002 zunehmend von den 2003 stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beherrscht. Ein neues Parteiengesetz und eine Wahlreform sollen zur Formierung neuer politischer Gruppierungen und Bündnisse sowie zu klareren Parteistrukturen und -programmen führen. Zurzeit sind über 100 politische Parteien im Land registriert.

Noch immer ist ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen (9,6 Prozent im Jahr 2001); die Inflationsrate ist nach wie vor niedrig. Der Export von Waren und Dienstleistungen wächst, und das jüngste Abkommen zum Schuldenausgleich mit der Russischen Föderation soll die Auslandsschulden drastisch reduzieren. Dennoch liegt das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 1990 derzeit noch immer bei nur 75 Prozent.

Die aus dem Wachstum resultierenden Erträge sind jedoch keineswegs gerecht verteilt. Nach wie vor ist die Armutsrate hoch, die Auswanderung hält an.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Haushaltskürzungen hat sich das Büro im Laufe des Jahres 2002 auf folgende Bereiche konzentriert:

Auf politischer Ebene

- Fortsetzung der Arbeit zur *Bekämpfung der Korruption*. Gemäß den Förderbestimmungen der Weltbank musste das nationale Strategiepapier noch vor Ende Juli fertig gestellt sein. Die Aufgabe des OSZE-Büros bestand bis zu diesem Termin sowohl in der Koordinierung der internationalen Mitwirkung als auch in der Überwachung der Fortschritte - insbesondere im Hinblick auf die erst kurz zuvor erfolgte Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft. Seitdem die Strategie vorgelegt wurde, ist das Büro damit befasst, gemeinsam mit internationalen Geberorganisationen konkrete Bereiche einer zukünftigen Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen, der Einführung institutioneller Veränderungen und mit Blick auf die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft festzulegen. In diesem Zusammenhang stellt das Büro ebenfalls sicher, dass die Arbeit in enger Kooperation mit den umfangreichen, unter der Leitung der Weltbank durchgeführten Arbeiten am armenischen Strategiepapier zur Armutsbekämpfung fortgesetzt wird.
- Folgemaßnahmen zum Workshop über *Informationsfreiheit*. Es wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die aus Vertretern der Nationalversammlung, der Regierung, der Zivilgesellschaft und des OSZE-Büros besteht. Die Arbeitsgruppe soll Gesetze prüfen und Gesetzentwürfe erarbeiten. Das Büro hat die Koordination der diesbezüglichen Beratung und Unterstützung übernommen. Ein erster Gesetzentwurf liegt bereits vor und wird derzeit diskutiert. Die Arbeit soll in Kooperation mit der Amerikanischen Anwaltsvereinigung (*American Bar Association, ABA*) auf die gesamte Region ausgedehnt werden.
- Intensivierung der Kontakte zu *politischen Parteien*, insbesondere denjenigen, die bis zu den Wahlen von 2003 und zur Verabschiedung neuer Gesetze nicht in der Nationalversammlung vertreten sind.

Wirtschaft und Umwelt

- Die Einrichtung des *Öffentlichen Umweltinformationszentrums* hat zunächst Vorrang. Anschließend wird es unsere Aufgabe sein, dessen Tätigkeit laufend zu beobachten und sich auch daran zu beteiligen.
- Die Zusammenarbeit mit UNEP in Projekten zum freien *Zugang zu Informationen* stand 2002 ebenfalls auf der Tagesordnung.

- Im Zusammenhang mit der Erörterung von Fragen zur Informationsfreiheit nahm das Thema *E-Governance* die Aufmerksamkeit des Büros zunehmend in Anspruch. Es erfordert die Beteiligung von Geberorganisationen, Regierung und privatem Sektor.
- Das Büro hat sich ebenfalls mit der Verbesserung der *Umwelt- und Wirtschaftsgesetzgebung* befasst und verfolgt darüber hinaus kontinuierlich die Tätigkeit der Strafverfolgungsorgane sowie der neu eingerichteten Wirtschaftsgerichte.
- Fortgesetzte Aufmerksamkeit wurde *regionalen Fragen* sowohl im Bereich Umwelt als auch im Bereich Wirtschaft geschenkt. Ebenso setzt das Büro die Arbeiten zur Koordination zwischen einheimischen und ausländischen Akteuren fort. Besondere Betonung wird dabei auf die Wiederbelebung des grenzüberschreitenden Handels und Wassermanagements gelegt werden.

Menschenrechte und Demokratisierung

Das Büro hat seine Tätigkeit in folgenden Bereichen fortgesetzt:

1. Durchführung des BDIMR-Projekts zum Meldewesen,
2. Folgemaßnahmen zum gemeinsamen IOM/UNICEF-Projekt gegen den Menschenhandel,
3. Folgemaßnahmen zum Workshop über nationale Minderheiten,
4. Zusammenarbeit mit Organen der lokalen Selbstverwaltung nach Inkraftsetzung neuer Gesetze und vor Kommunalwahlen,
5. Jugendangelegenheiten, insbesondere Erleichterung des regionalen Austauschs,
6. Fortsetzung der Aufklärungskampagnen im Bereich der Menschenrechte unter Benutzung von Materialien, die im Rahmen des Projekts des BDIMR erstellt werden, und durch Informationsveranstaltungen auf Reisen in die Regionen,
7. Beobachtung der Menschenrechtsslage,
8. Überwachung der Religionsfreiheit,
9. Förderung der Menschenrechte und der politischen Bildung,
10. Bearbeitung von Einzelfällen, was derzeit rund 50 Prozent der Zeit eines Büromitarbeiters in Anspruch nimmt.

Schlussbemerkung

Als eine der kleinen Missionen der OSZE hat das Büro in Eriwan in den zwei Jahren seiner Tätigkeit ein umfangreiches und intensives Arbeitsprogramm entwickelt. Mittelkürzungen wirken sich unmittelbar auf unsere Leistungsfähigkeit aus. Während des größten Teils des Jahres 2001 war das Büro, was

seine internationalen Mitarbeiter anbelangt, unterbesetzt - genau zu einer Zeit, da es auch noch unvorhergesehen die Funktion eines Kommunikationskanals für den Europarat übernahm. Seit Beginn des Jahres 2002 ist das Büro vollständig besetzt; darüber hinaus ist in ihm noch ein Vertreter des Europarats untergebracht.